

europa **ROT**

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 2 · Mai 2010

Kampf gegen Armut, JETZT!

2010 ist das »Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«

VON GABI ZIMMER, JÜRGEN KLUTE UND THOMAS HÄNDEL

Brüssel im März, die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten treffen sich zum Frühjahrsgipfel. Kommissionspräsident Barroso präsentiert seinen Entwurf für die Europa-2020-Strategie – im Wesentlichen ein Aufguss der vor zehn Jahren beschlossenen Lissabonstrategie.

Diese hatte zum Ziel, für Wachstum und Wohlstand, mehr Klimaschutz und soziale Sicherheit zu sorgen – stattdessen aber stiegen Armut und soziale Unterschiede in der EU immer weiter an.

Weder das Scheitern der alten Lissabonstrategie noch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise führten zu einer neuen Denkweise. Im Gegenteil: In Folge der Finanzkrise

werden in Griechenland, in Irland und vielen süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten brutale Spar- und Kürzungsprogramme eingeleitet. Bis heute gibt es keine soziale Fortschrittsklausel in den geltenden EU-Verträgen und der Europäische Gerichtshof macht regelmäßig durch gewerkschaftsfeindliche Urteile von sich reden.

Kurzum: Von einem sozialen Europa sind wir weit entfernt. Stattdessen werden sozialpolitische Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte in der EU weiter einplaniert.

Wenige Stunden vor dem EU-Gipfel zur 2020-Strategie: Kanzlerin Merkel, Europas neue »Eiserne Lady«, wettet in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag gegen verbindliche EU-Ziele im Kampf gegen Armut.

Dieser sei eine nationale Angelegenheit, eine rein sozialpolitische Aufgabe, und ihre Beseitigung liege nicht in der Kompetenz der EU. Beim EU-Gipfeltreffen am Tag darauf folgen ihr die anderen Regierungschefs in dieser Frage widerspruchslos. Das von der EU-Kommission zaghaft im Entwurf der Europa-2020-Strategie formulierte Ziel, Armut um 25 % zu reduzieren, lehnen die Mitgliedstaaten ab. Die soziale Dimension der EU bleibt eine hohle Formel.

Umsteuern statt Werbekampagnen!

Was steckt also hinter dem von der EU erst kurz zuvor fröhlich ausgerufenen »Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010«? Wenn es nach den Regierenden geht, kaum mehr

als eine Alibifunktion und nette Worte. Werbeslogans wie »Mit neuem Mut« sollen Armut »ins Bewusstsein« der Menschen rücken. Die Botschaft der EU-weiten Werbekampagne: Armut gehört heute zum Alltag, jeden kann es treffen, stigmatisieren dürfe man aber bitteschön niemanden.

Der seit Jahren versprochene Kampf gegen Armut lässt ebenso auf sich warten wie das dringend notwendige Engagement gegen den Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt.

Tatsächlich braucht es keine Alibi-Kampagnen in der EU, um Armut sichtbar zu machen: In einer der reichsten Regionen der Welt sind heute über 80 Millionen Menschen offiziell von Armut betroffen, das heißt ihr Einkommen liegt deutlich unter-



Quelle: Flickr, User: dangitsim



Weil ich ein Mensch bin ...

Der Kampf gegen Armut ist vor allem ein Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte.

halb von 60% des nationalen Durchschnittslohns bzw. -einkommens des jeweiligen Mitgliedstaates.

Allein 19 Millionen von ihnen sind Kinder. Auch Frauen, ältere und junge Menschen, MigrantInnen, Roma oder Menschen ohne Papiere sind besonders betroffen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind in erster Linie in einer gesellschaftlichen Strategie und Politik zu suchen, die auf ungebremstes Wirtschaftswachstum setzt, Menschen und selbst Kinder nur als Wirtschaftsfaktoren betrachtet, soziale und ökologische Grundrechte von Menschen lediglich als hemmend für die Auseinandersetzung um Märkte und Standortfaktoren einstuft.

Kampf gegen Armut ist Menschenrechtspolitik

Der Kampf gegen Armut ist für uns zuerst ein Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte, die für jede und jeden gelten. Diese Aufgabe lässt sich nur gemeinsam bewältigen. Wir meinen deshalb: Politikbereiche müssen wirksam ineinandergreifen.

Entwicklungs-, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik müssen auf die Durchsetzung des Rechtes auf würdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für jeden Menschen abzielen – egal in wel-

chem Teil unserer Welt, egal in welcher Region Europas er oder sie lebt.

Armut bedeutet sehr viel mehr als Geldnot, Hunger und Obdachlosigkeit.

Wer Armut beseitigen will, muss gleichzeitig auch gegen gesellschaftliche Ausgrenzung, Umweltzerstörung, Bildungsnotstand und Krankheiten vorgehen und den Zugang zu sauberem Wasser, das Recht auf Wohnen und Energie durchsetzen.

Bei der Vorlage des diesjährigen UN-Berichts zur sozialen Lage in der Welt wurden die Regierungen aufgefordert, Armut neu zu denken (»Rethinking poverty«) und alle Lebensbereiche in den Kampf gegen Armut einzubeziehen, die Rechte von Menschen auf notwendige hochwertige Dienstleistungen, Infrastruktur und Grundversorgungen umzusetzen.

Wirtschaftswachstum führt nicht automatisch zur Schaffung von »Guter Arbeit« und zur Reduzierung von Armut. Armut lässt sich nicht allein über Transferleistungen oder über den karitativen Wohlfahrtsstaat beseitigen. In der Politik der meisten EU-Mitgliedstaaten hat sich aber ein solch umfassender Ansatz noch nicht durchgesetzt.

Selbst in der Bundesrepublik Deutschland existieren soziale Min-

destandards nur im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt. Und eine Debatte darüber, was Menschen brauchen, um in Würde leben zu können, was also zu einer würdigen Grundversorgung gehört, wie sich armutsfeste soziale Mindeststandards ermitteln lassen, befindet sich noch in den Anfängen.

Aus unserer Sicht ist es an der Zeit, universellen Zugang zu allen Dienstleistungen in Gesundheitsversorgung, Bildung, Versorgung mit Wohnraum und Energie zu ermöglichen. Jede politische Entscheidung muss der Frage standhalten, welche sozialen Folgen sie nach sich zieht.

In aller Konsequenz gedacht, befördert ein solcher Ansatz im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung die Idee der EU-Citizenship – einer EU-Bürgerschaft – und als Vision die Idee einer universellen Bürgerschaft, die mit der Gewährung aller grundlegenden Menschenrechte über alle Grenzen hinweg verbunden ist.

Mit der im Lissabonner Vertrag aufgenommenen EU-Grundrechtecharta wurde jedoch die Chance vertan, konsequent die Idee des Schutzes der Schutzbedürftigen – der Ausgangsidee der Deklaration der Menschenrechte – zu verfolgen. Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung als unverzichtbarer Teil für die Gewährung der universellen Menschenrechte ist in der EU noch nicht angekommen.

Armut weltweit bekämpfen

Wer nichts gegen globale Armut unternimmt, sondern eher noch die Folgen des mitverschuldeten Klimawandels sowie die Lasten der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Ärmsten der Armen abwälzt, ist auch nicht in der Lage, eine klare und verbindliche Strategie zur Armutsbeseitigung in den eigenen Staaten und in der EU zu entwickeln und auf den Tisch zu legen.

Als Linke heißt das für uns: In unseren politischen und parlamentarischen Forderungen, in unseren Aktionen, die wir gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen unternehmen, geht es stets um ein gemeinsames Denken und Handeln von der lokalen bis hin zur globalen Ebene.

Weltweit leben mehr als 80% der Menschen außerhalb sozialer Sicherungssysteme. Die Zahl der Menschen, die als »Klimaflüchtlinge« ihre Regionen in Entwicklungsländern infolge des Klimawandels verlassen müssen, erhöht sich inzwischen drastisch. Täglich hungern in der Welt 1 Milliarde Menschen. Täglich

sterben fast 16.000 Kinder an den Folgen von Hunger und Unterentwicklung.

Wir bekräftigen als Linke im Europaparlament unsere Forderungen nach einer neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie der EU ebenso wie die nach einem Moratorium für alle bestehenden und in den Verhandlungen befindenden Verträge der EU mit Entwicklungsländern, die nicht der nachhaltigen Entwicklung und dem Ziel der Durchsetzung der MDG (Millennium Entwicklungsziele) dienen. Gerade im Europäischen Jahr gegen Armut und im UN-Jahr der Biodiversität fordern wir darüber hinaus verbindliche Verpflichtungen der EU-27 zum Kampf gegen den Klimawandel, zum Erhalt und Schutz von Umwelt und natürlichen Ressourcen, für deutlichere Ziele bei der Senkung der CO₂-Emissionen, für eine völlige Neuausrichtung der Migrationspolitik – alles wichtige Bedingungen zur Ausmerzung der globalen Armut.

Diese Forderungen stehen in einem direkten Zusammenhang mit notwendigen politischen Schritten zum Kampf gegen Armut in Europa, in unseren Ländern und Regionen.

Neben dem Aufbau wirksamer sozialer Sicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten der EU und Armut verhindernden finanziellen Transferleistungen geht es gleichermaßen um den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Kultur, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnen, ÖPNV, ausreichender Energieversorgung. Auch braucht es die tiefgreifende Demokratisierung und einen drastischen ökologischen Umbau unseres Alltags.

Ein Beispiel: Menschen, vor allem von Armut Betroffene, müssen mitentscheiden können, woher sie ihre zum Leben notwendige Energie beziehen, ob es sich dabei um regional produzierte, regenerative Energie handelt und zu welchem Preis sie diese erhalten. Solange Strom an der Börse gehandelt wird und die Netze von den Konzernen kontrolliert werden, ist dies nicht möglich.

Um Armut zu bekämpfen, braucht es verbindliche und konkrete Ziele. Warum aber sollen diese nicht zwischen den Regierungschefs der EU vereinbart, durch die Länder und die Kommission umgesetzt und durch die Parlamente auf regionaler und nationaler und durch das Europaparlament jeweils mit entschieden und kontrolliert werden?

Impressum: Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) · Rue Wiertz, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien
www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Sabine Wils
Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin
Titelbild: A. Almossawi · Auflage: 75.000

Aktiv gegen Armut und Ausgrenzung!

**Konzepte für »Gute Arbeit« und der Kampf gegen Armut gehören zusammen!
Mehr Arbeit für weniger Gehalt – so wächst die Zahl derer, die trotz Arbeit arm sind.**

Wer eine zukunftsfähige Europäische Union will, kann diese nicht nur als Dachverband von Kleingartenvereinen betrachten.

Die Sicht von Angela Merkel, Armut lediglich im Rahmen der Sozialpolitik zu betrachten und ausschließlich als nationale Aufgabe wahrzunehmen, teilen wir nicht.

Armut ganzheitlich bekämpfen! Linke im EU-Parlament mit konkreten Forderungen

Im Europaparlament verbuchte die europäische Linksfraktion (GUE/NGL) Ende 2008 einen kleinen Erfolg, als der unter ihrer Federführung erarbeitete »Bericht über die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut in der EU« vom EU-Parlament angenommen wurde. Damit fordert das Parlament einen ganzheitlichen Ansatz zur aktiven sozialen Integration, der auf vier Pfeilern beruht:

- armutsfeste Einkommen durch soziale Mindestsicherungssysteme und Mindestlöhne,
- aktive Arbeitsmarktpolitik für bessere Arbeitsplätze und auskömmliche Einkommen,
- verbesserter Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge und zu Qualitätsdienstleistungen,
- Teilhabe der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen an der Ausarbeitung und Umsetzung der Strategie zur sozialen Integration und Armutsbekämpfung.

In allen vier Pfeilern muss die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe integriert sein. Vom Rat und von den Mitgliedstaaten wird verlangt:

- Einführung von EU-weiten armutsfesten Mindestlöhnen und Mindesteinkommen,
- Verpflichtung zur Halbierung der Kinderarmut bis 2012,
- Beseitigung der Obdachlosigkeit bis 2015,
- Bereitstellung von Dienstleistungen hoher Qualität und Gewährleistung des Zugangs für benachteiligte Gruppen.

Konzept für »Gute Arbeit« und Kampf gegen Armut gehören zusammen!

Die Regierenden der EU-Mitglied-

staaten und die EU-Kommission haben im Herbst 2009 einen neuen Versuch gestartet, Arbeitszeiten EU-weit massiv zu erhöhen.

Wir verteidigen als Linke die bestehenden Schutzstandards der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Immer mehr Menschen werden in Teilzeit- und prekäre Beschäftigungen gedrängt, müssen länger arbeiten, verdienen aber immer weniger. So wächst die Zahl derer, die trotz Arbeit arm sind. Als einzige Fraktion fordern wir deshalb eine radikale Senkung der durchschnittlichen Wochen- und Lebensarbeitszeiten für weniger Armut und ein würdiges Leben für alle!

Die Verteidigung bestehender Schutzstandards mit einer gemeinsamen europäischen Konzeption von »Guter Arbeit« zu verbinden, ist aus unserer Sicht ein wesentlicher Schritt, um Alternativen sehr konkret zu machen.

Ein Konzept »Gute Arbeit« – besser noch: »Menschenwürdige Arbeit« – muss qualitativ mehr sein als Überschriften und ein Sammelsurium von Forderungen.

Der Ruf nach Mindestlöhnen und Mindesteinkommen an sich ist noch kein Fortschritt.

Erst wenn dieser mit der Forderung verbunden ist, dass es sich jeweils um armutsfeste Löhne und Einkommen handeln muss, kann wirklich etwas gegen Armut erreicht werden.

Linke Forderungen an die EU-2020-Strategie

Für uns gehören folgende Elemente in eine zukunftsfähige EU-2020-Strategie:

Verbindliche EU-weite soziale und ökologische Mindeststandards

- eine verbindliche EU-weite Mindestlohnrichtlinie und armutsfeste Mindesteinkommen auf der Basis von 60% des nationalen Durchschnittseinkommens der Haushalte (nationaler Median des Haushalts-Äquivalenzeinkommens),
- die Erhaltung und der Ausbau sozialer Sicherungssysteme,
- die Gewährleistung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen für jeden Menschen,
- Mindestnormen, die eine würdige Grundversorgung mit Wärme, Wasser und Strom garantieren,
- verbindliche Richtlinien z. B. bei Leiharbeit, Dienstleistung und Entsendung, die den Grundsatz »Gleiche Arbeitsbedingungen für gleichen Lohn am gleichen Ort für Frau und Mann« eben nicht nationalstaatlich oder tariflich unterlaufen lässt,
- Beseitigung aller Formen von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Diskriminierungen von Menschen mit Beeinträchtigungen, von Migrantinnen und Migranten, ethnischen Minderheiten und von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung im öffentlichen Dienst, in der Privatwirtschaft, im Bildungsbereich, im sozialen und kulturellen Leben,
- die Reduzierung von Höchstarbeitszeiten und drastische Verkürzung von allgemeinen Arbeitszeiten,
- die Stärkung der Arbeitnehmerrechte bei Leiharbeit sowie bei Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen inklusive einer Verlagerungsabgabe zur Finanzierung der gesellschaftlichen Kosten von Betriebsschließungen,
- die Erweiterung von Mitbestimmungsrechten der Belegschaften und Gewerkschaften als Voraussetzung für einen sozialen Dialog auf gleicher Augenhöhe.





Bildung und Gesundheit sind Güter, die nicht vom Portemonnaie abhängen dürfen!

Öffentliche Investitionen: Fördern statt verhindern

Nicht erst seit Ausbruch der Krise kämpfen viele Länder mit wirtschaftlichen Wachstumsproblemen. Die derzeitige Politik der EU ist dafür mitverantwortlich. In Europa träumt man gerne von Finanzmärkten US-amerikanischer Größenordnung. Doch jeder Euro, den Unternehmen an die Börse tragen und dort leichtfertig aufs Spiel setzen, fließt nicht in Lohntüten oder in die längst überfällige Wende hin zu einer umweltfreundlichen Produktionsweise.

Die Europäische Zentralbank ermuntert Banken und Konzerne in dieser Entscheidung. Das von ihr ausgegebene Inflationsziel von 0 bis 2% ist allenfalls eine Lebensversicherung für Aktienfonds. Um den Wert des Euro zu erhalten, schrecken die Zentralbanker in Frankfurt/M. auch vor dem Abwürgen bescheidener Wachstumsraten nicht zurück.

Was wir jetzt brauchen sind sinnvolle öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt und Gesundheit. Doch auch hier steht der europäische Wachstums- und Stabilitätspakt im Weg: Brüssel zwingt die EU-Staaten zu blindwütigem Schuldenabbau.

Anstelle unzeitgemäßer Vereinbarungen brauchen die Länder Europas einen gemeinsamen Pakt, in dem der Abbau von Arbeitslosigkeit

und Armut sowie eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz im Vordergrund stehen. Dazu gehört eine Stärkung der Binnenkaufkraft, was wiederum durch die von uns geforderten Mindestlöhne und eine soziale Mindestsicherung möglich wäre. Löhne und Renten müssen dem Produktivitätsfortschritt entsprechend steigen. Durch eine verstärkte Binnenkaufkraft entstünden Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenkassen wären weniger belastet und die Einnahmen der öffentlichen Hand würden steigen.

Eine deutlich höhere Unternehmensbesteuerung sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Steuer auf hohe Vermögen sind weitere zentrale Bausteine, um die Verschuldung der öffentlichen Hand abzubauen und so Investitionen in zukunftsfähige, soziale und umweltfreundliche Projekte zu tätigen.

Stand up, take action, end poverty now! (Slogan der Internationalen Global Action Days 17.–20. September 2010)
Viele Staaten der Welt verfügen nicht über die Mittel, gegen Armut effektiv vorzugehen. Viele Kommunen in der EU sind reich an Armen und arm an Bedingungen, wirksam gegen Armut zu kämpfen. Deshalb richten wir unsere Forderungen nach mehr Engagement im Kampf

gegen Armut insbesondere an die staatlichen Akteure in den Mitgliedsländern der EU und an die offiziellen EU-Institutionen. Uns allen ist klar, dass Armutsursachen nicht von heute auf morgen verändert werden können, aber der politische Wille muss erkennbar werden.



Darf einem Haushalt der Strom abgeschaltet werden, weil das Geld für die Rechnung nicht reicht?

Deshalb unterstützen wir den Aufruf vieler sozialer Bewegungen und Initiativen von Menschen, die in Armut leben, im September zum wiederholten Male weltweit internationale Aktionstage gegen Armut (Global Action Days) zu organisieren. In diesem Jahr verbinden die Organisatoren die Global Action Days mit der im September in Washington tagenden UN-Konferenz zur Überprüfung der »Jahrtausend-Entwicklungsziele« (MDGs). Damit weisen sie auf den direkten Zusammenhang zwischen Armut, Unterentwicklung und der Abwälzung der internationalen Krisenlasten auf die Ärmsten in der Welt hin.

Im Europäischen Parlament mischen wir uns aktiv ein und beleben die De-

batte um soziale Mindeststandards. Darf einem Haushalt der Strom abgeschaltet werden, weil das Geld für die Rechnung nicht reicht? Wie müssen Standards für eine würdige Grundversorgung von Menschen mit Gütern und Dienstleistungen aussehen? Bildung und Gesundheit (um nur einige Beispiele zu nennen) sind öffentliche Güter, der Zugang zu ihnen darf nicht vom Portemonnaie abhängen. Welche konkreten Initiativen können wir mithelfen zu entwickeln, um zum Beispiel das Menschenrecht auf Wohnen und Energie durchzusetzen? Welche Instrumente auf nationaler und EU-Ebene sind nötig, um die sozialen und ökologischen Menschenrechte zu garantieren?

Als europäische Linksfraktion GUE/NGL veranstalten wir Konferenzen im Europäischen Parlament und bieten so Menschen mit mutigen Ideen die Möglichkeit, sich auszutauschen und untereinander zu vernetzen. Beim Europäischen Sozialforum in Istanbul im Juli bieten wir eigene Workshops an, um gemeinsam mit von Armut Betroffenen und Menschen aus sozialen Bewegungen zu diskutieren.

Neben unserer parlamentarischen Arbeit sind wir gezielt vor Ort aktiv. Im Herbst organisieren wir beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Konferenz »Für ein soziales Europa«.

Sünder und Sündenböcke

In der Krise nicht am falschen Ende sparen:
Bildung, Gesundheit und Soziales

VON LOTHAR BISKY

Unter dem Motto »Armut darf nicht sein!« hatte EU-Kommissionspräsident Barroso im Januar das »Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung« eröffnet. Ganz richtig wurde erkannt, dass Armutsbekämpfung ein wichtiger Teil der Krisenbewältigung sein muss.

Es käme jetzt ganz besonders darauf an, den Ländern, die am meisten unter den Folgen der Finanzkrise

leiden, solidarisch zur Seite zu stehen. Vorschläge hierfür gibt es aus unserer Sicht genug: Endlich die Finanzmärkte kontrollieren, den Handel mit Kreditderivaten verbieten, Euroanleihen auflegen sowie eine wirtschaftspolitische Koordinierung der europäischen Länder schaffen, die auf soziales und umweltverträgliches Wachstum setzt und Wohlstand gerechter verteilt.

Stattdessen wurde eine beispiellose Kampagne gegen die so betitelten

»PIIGS« (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) ins Rollen gebracht.

Man hetzt gegen Länder, die sich nicht an Regeln gehalten hätten und den »Stabilitäts- und Wachstumspakt« gebrochen haben.

Die entscheidende Frage aber lautet: Ist dieser Pakt überhaupt noch zeitgemäß? Bereits vor der Krise konnte kaum ein EU-Mitgliedstaat die Auflagen dauerhaft einhalten.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU ist nicht mehr zeitgemäß!

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst auch zu einer sozialen Krise angewachsen. Ein solider öffentli-

cher Haushalt für Bildung, Gesundheit und Soziales wäre heute wichtiger denn je – es ist jedoch klar, dass dies innerhalb des restriktiven Rahmens des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht umsetzbar und politisch auch nicht erwünscht ist.

Es ist richtig: Haushaltslöcher sind Schulden zulasten unserer Kinder und Enkel.

Aber wer den Rotstift ansetzt, um in Krankenhäusern, an Kindergärten, Schulen und Universitäten zu sparen, beraubt die Menschen zusätzlich der Möglichkeit, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und für deren Bewältigung gut gerüstet zu sein.

Wir meinen deshalb: Spekulanten müssen an der Sanierung unserer gemeinsamen europäischen Wirtschaft beteiligt werden. Es darf nicht sein, dass Risiken und Verluste ausschließlich Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufgebürdet werden. Als Linke fordern wir Solidarität natürlich nicht nur in der EU. Uns geht es gleichzeitig um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Die herrschenden Politikerinnen und Politiker in den Mitgliedstaaten und in der EU haben die Macht und die Instrumente, das Jahr der Armutsbekämpfung im besten Sinne zu nutzen. Wir nehmen sie dafür in unserer täglichen Arbeit in die Verantwortung.



FIT FÜR DIE ZUKUNFT? BILDUNGSSTREIK IN BERLIN

Quelle: Flickr, User: urbanartcore

Weiterlesen

Lesen Sie weiter unter:
www.lothar-bisky.de

europaROT

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

Unsere Themen:

- Dezember 2009: Klimaschutz in der EU
- Mai 2010: das Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ausgrenzung
- Juli 2010: die EU-2020-Strategie

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 C 005, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: sonja.giese@europarl.europa.eu

www.dielinke-europa.eu



Die Gesellschaft sozialer und umweltfreundlicher gestalten – wie das geht!

VON SABINE WILS

Die Regierungen der Europäischen Union setzen weiter auf erfolgreiche Konzepte für Wachstum und Beschäftigung zulasten von Mensch und Umwelt. Nach der gescheiterten Lissabonstrategie haben die Staats- und Regierungschefs im diesjährigen »Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« nun eine neue Wirtschafts- und Wachstumsstrategie (EU 2020) verabschiedet, die im Wesentlichen eine Neuauflage ihrer Vorgängerversion darstellt: Anstatt sich auf verbindliche und ehrgeizige Klimaschutzziele zu einigen, hält man an den schwachen Vereinbarungen fest, den CO₂-Ausstoß um 20% gegenüber 1990 zu verringern, 20% Energie einzusparen sowie den Anteil erneuerbarer Energien um 20% zu erhöhen.

DIE LINKE im Europäischen Parlament ist von der EU-2020-Strategie nicht überzeugt. Erarbeitete Gewinne werden immer ungerechter verteilt, während die Armut in der EU

steigt. Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen. Wir meinen: Es ist höchste Zeit für einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft – auf lange Sicht und mit mutigen Ideen. Denn die Fakten sind klar: Im Jahr 2007 betrug die CO₂-Emissionen pro Person in China 4,6 Tonnen, in Deutschland 9,7 Tonnen und in den USA produzierte ein Mensch im Schnitt sogar 19,1 Tonnen Kohlendioxid. Die Folgen des Klimawandels treffen jedoch vor allem ärmere und schwächere Menschen. Wir brauchen Klimagerechtigkeit für alle! Dazu gehört für uns auch die Forderung nach Technologietransfer, dass also Industrieländer ärmeren Ländern Wissen und Technik zur Verfügung stellen, ohne diese etwa an Patente zu knüpfen.

Umweltschutz darf kein privater Luxus sein.

Zukunftsinvestitionen fördern!

Langfristig Wachstum und »Gute Arbeit« schaffen, ohne immer mehr Kohlendioxid zu produzieren und die Natur auszubeuten – dies wäre mit einem EU-weiten öffentlichen Investitionsprogramm möglich. Öffentlich deshalb, weil wir meinen: Umweltschutz darf kein privater Luxus sein. Vorschläge für ein solches Programm liefert auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB). Zunächst auf drei Jahre angelegt, soll es ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU umfassen, das entspräche etwa einer Summe von 240 Euro pro EU-Bürger pro Jahr. Das Programm

ließe sich problemlos durch eine europäische Steuer auf Finanzmarkttransaktionen finanzieren. Steuern auf Kerosin für Flugzeuge sowie eine kombinierte EU-Primärenergie- und CO₂-Steuer böten weitere Einnahmequellen.

Weiterlesen

Sie interessieren sich für unsere Ideen für einen sozial-ökologischen Umbau? Schreiben Sie uns oder lesen Sie weiter unter www.dielinke-europa.eu.



**DER PREIS FÜR WACHSTUM? WELTWEIT STEIGEN
CO₂-EMISSIONEN JÄHRLICH MASSIV.**

Ausbeutung beenden

DIE LINKE fordert eine Neuausrichtung der Handelspolitik der EU

VON HELMUT SCHOLZ

Am 10. April 2010 überschritt die Weltbevölkerung die Anzahl von 7 Milliarden Menschen. Mehr als 2,5 Milliarden davon leben in großer Armut. Sie leben von weniger als 1,50 Euro pro Tag.

Im Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union (EU) die Beseitigung der Armut zum Hauptziel ihrer Entwicklungszusammenarbeit erklärt. Diesem Ziel sollen auch andere Politikfelder wie die Handelspolitik zuarbeiten.

Diese Aufgabe wird aber von den Regierungen und den verschiedenen politischen Fraktionen im Europäischen Parlament sehr unterschiedlich wahrgenommen. Konservative und Wirtschaftsliberale behaupten schlicht, mehr Handel und mehr Liberalisierung führten zur Verringerung von Armut.

In Wahrheit geht es in vielen Handelsabkommen der EU um Ausbeutung der Menschen und Rohstoffe und den



FAIRE PARTNERSCHAFT? BLUMENPLANTAGE IN ECUADOR.

ungehinderten Marktzugang für europäische Konzerne und Investoren. Mexiko, mit dem die EU seit 10 Jahren ein Freihandelsabkommen hat, wirbt sogar mit seinen Hungerlöhnen: Der geringe Monatslohn eines mexikanischen Bergarbeiters von durchschnittlich umgerechnet rund 360 Euro sei ein »Anreiz für Investoren«, die ihren

deutschen Bergarbeitern sonst achtmal so viel zahlen müssten.

Das ist ein Skandal! Wir fordern eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik: Eine neue Generation von Abkommen über »Handel und Partnerschaft«, die armen Ländern Raum lassen für den Aufbau eigener Industrien. Dort tätige Unternehmen und die Regierungen

müssen zur Einhaltung internationaler Abkommen zu Arbeitnehmerrechten, Menschenrechten und Umweltschutz verpflichtet werden. Erst durch gerechte Löhne in den Partnerländern kann die Armut verringert werden.

Durch den Lissabon-Vertrag bedürfen die von der EU-Kommission im Auftrag der Regierungen ausgehandelten Abkommen der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Die Prüfungsphase neuer Abkommen hat nun begonnen. Als Erstes prüfen wir derzeit das Freihandelsabkommen der EU mit Südkorea. Gewerkschaften bewerten es sehr kritisch. Gleichzeitig kämpfen wir für eine Ablehnung des Freihandelsabkommens der EU mit Kolumbien und Peru. Aus unserer Sicht hätte die EU-Kommission nie mit der Regierung Kolumbiens verhandeln dürfen, weil diese in die Ermordung zahlreicher Gewerkschafter und Umweltschützer verwickelt ist. Zudem schadet das Abkommen den beiden Nachbarstaaten Bolivien und Ecuador und gefährdet dadurch die regionale Integration der Andenstaaten.

In vielen Handelsabkommen der Europäischen Union geht es um Ausbeutung der Menschen und Rohstoffe.

Weiterlesen

Lesen Sie mehr über das Thema in »Disput«, der Mitgliederzeitung der LINKEN (Aprilausgabe).



Roma in der Mählar, Quelle: Cornelia Ernst (privat)

ROMA-KINDER IM KOSOVO, DEZEMBER 2009

Armut durch Ausgrenzung – Armut durch Rassismus

VON CORNELIA ERNST

»Die Wäsche rein, die Zigeuner kommen!« – Solche Vorurteile gegenüber Roma sind so alt wie die europäische Zivilisation selbst. Der sogenannte Antiziganismus macht vor keinem Klischee halt und gehört zum traurigen Selbstverständnis unserer europäischen Kultur. Bereits vor fünfhundert Jahren sah man Sinti und Roma im deutschsprachigen Raum als »ewig heimatlose Noma-

den, die glücklich als religionsloses Naturvolk durch Diebstahl sich und ihre vielen Kinder versorgend ihr Leben vergeigen oder sich der Arbeitsgesellschaft verweigern.«

Heute leben 12 Millionen Roma in der EU, sie sind damit die größte ethnische Minderheit.

Heute leben etwa zwölf Millionen Roma in der Europäischen Union, sie sind damit die größte ethnische Minderheit. Durch rassistische »Zigeunerbilder« leiden sie überall in Europa unter Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung.

Alltägliche Diskriminierung

Ein Großteil der Roma und Sinti in Zentral- und Osteuropa lebt in extremer Armut, ihnen fehlt oft das Nötigste zum Überleben. Kleidung, ein Dach über dem Kopf, Arbeit und Essen – mitten im wohlhabenden Europa bleiben diese Dinge den Angehörigen von Roma-Familien oft verwehrt. Die Ausgrenzung beginnt bereits im Kindesalter. In Deutschland und Tschechien werden Roma-Kinder viel häufiger auf gesonderte Schulen geschickt, obwohl sie ebenso intelligent sind wie ihre deutschen und tschechischen Mitschüler. Diejenigen Roma, die das Glück haben, Arbeit zu finden, berichten in allen Ländern Europas über alltägliche, offene Diskriminierung am Arbeitsplatz. Roma-Familien werden fast überall auch bei der Wohnungssuche benachteiligt. Sie bekommen oft entweder gar keine Wohnung oder leben in Wohngebieten ohne Zugang zu öffentlichen Diensten, Arbeit und Schulen, ohne ausreichend Strom, Gas und Wasser.

Eine europäische Strategie

Europäischer Rat, Kommission, Parlament und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten stehen gemeinsam in der Verantwortung, die Ausgrenzung und Diskriminierung der Sinti und Roma zu bekämpfen. In den vergangenen Jahren wurden Resolutionen verabschiedet, die EU-Roma-Plattform gegründet und zahlreiche Berichte verfasst – an der Lebenssituation der Roma hat sich jedoch nichts geändert. Aber eine europäische Rahmenstrategie, die die Mitgliedstaaten in die Pflicht nimmt, endlich konkrete und verbindliche Maßnahmen für die Gleichstellung von Roma beim Zugang zu Bildung und Gesundheit, Wohnraum und Beschäftigung zu ergreifen, die gibt es nicht. Auch nicht nach dem Zweiten Europäischen Roma-Gipfel, der am 9. April 2010 stattfand.

Termine

Anhörungen im EP: 11.5. »Roma and travellers – Victims of the Holocaust«, 29.6. Abschiebung der Roma aus EU-Mitgliedstaaten in den Kosovo
Mehr Informationen unter:
www.cornelia-ernst.de

Armut auf dem Kriegspfad

Weltwirtschaft und europäische Sicherheitspolitik

VON SABINE LÖSING

Die neoliberale Politik in Verbindung mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu weiterer massiver Verelendung in den Ländern der sogenannten »Dritten Welt« und zum Zerschlagen von Staaten geführt.

Konflikte in den ohnehin bereits armen Ländern werden in Kauf genommen.

Durch Armut bedingte Konflikte oder beispielsweise die Folgen des Klimawandels werden dann als »Herausforderungen für die Sicher-

heitspolitik« der westlichen Länder angesehen, und nicht etwa als hausgemachte Misere.

Konflikte werden sogar von den globalen Wirtschaftsmächten angeheizt. Sie befinden sich untereinander und mit den Entwicklungsländern im Kampf um Ressourcen. Spannungen werden als Vorwand genommen, um vonseiten der westlichen Länder militärisch einzugreifen, zu »stabilisieren« und immer häufiger langfristig zu besetzen. Militärische Interventionen zur Eindämmung der »Unruhen« dienen

der Sicherung von Ressourcen und schützen zusätzlich vor unerwünschter Einwanderung.

Das ist die perfide Logik des Westens: Erst wird Elend geschaffen und dann wird es instrumentalisiert, um die Bedingungen aufrechtzuerhalten, die für das Elend verantwortlich sind. Militärische »Stabilisierungseinsätze« sollen die neoliberale Ordnung retten, die notwendig ist für die Sicherung der Profite westlicher Kapitalgesellschaften.

Militärische Gewalt zur Durchsetzung westlicher Interessen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Seit 2003 haben über zwanzig Missionen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stattgefunden und auch die NATO schickt immer häufiger Soldaten ins Ausland. Diese zunehmend militaristische Herangehensweise der westlichen Mächte ist das Rezept für eine Katastrophe. Wir brauchen und fordern einen neuen Denkansatz, der auf Gleichheit statt Hierarchie und auf Fairness statt Ausbeutung baut!

Armut ist die Wurzel der Konfrontationen

Nicht etwa ethnische oder religiöse Feindschaft oder die Habgier von Warlords sind der Ursprung kriegerischer Auseinandersetzungen, sondern Armut. Sie ist die Wurzel der Konfrontationen und dennoch gibt es noch immer keine Anstrengungen der Herrschenden, einen grundsätzlichen Wechsel hin zu einem gerechten ökonomischen System zu beginnen.

Stattdessen wird am kapitalistischen System, das auf Wettbewerb und Ausbeutung aufbaut, festgehalten. Steigende Armut und mehr



Quelle: Flickr; User: Irimphotos

FAMILIE IN SOMALIA – WARUM SCHEITERN STAATEN?

Weiterlesen

Lesen Sie weiter unter:
sabineloelsing.wordpress.com

DIE LINKE. im Europaparlament

Lothar Bisky

Vorsitzender der
GUE/NGL-Fraktion

Stellvertretender Vorsitzender
im Ausschuss für Kultur und
Bildung

**Ansprechpartner
für Berlin
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F155
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47834
lothar.bisky@europarl.europa.eu



Sabine Wils

Sprecherin der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für
Umweltfragen; Stellvertreterin im
Ausschuss für Verkehr und Frem-
denverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F247
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47644
sabine.wils@europarl.europa.eu



Cornelia Ernst

Mitglied im Ausschuss für bürger-
liche Freiheiten, Justiz und Inneres;
Stellvertreterin im Ausschuss für
regionale Entwicklung; Stellvertre-
terin im Ausschuss für die Rechte
der Frau und die Gleichstellung
der Geschlechter

Ansprechpartnerin für Sachsen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu



Thomas Händel

Mitglied im Ausschuss für
Beschäftigung und soziale An-
gelegenheiten; Stellvertreter
im Ausschuss für Wirtschaft und
Währung

**Ansprechpartner für Bayern,
Baden-Württemberg und
Saarland**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F259
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45658
thomas.haendel@europarl.europa.eu



Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirt-
schaft und Währung; Stellvertre-
ter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für
Nordrhein-Westfalen und
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F254
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47655
juergen.klute@europarl.europa.eu



Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für
auswärtige Angelegenheiten;
Unterausschuss für Sicherheit
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47894
sabine.loesing@europarl.europa.eu



Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-
tionalen Handel; Stellvertreter
im Ausschuss für auswärtige
Angelegenheiten; Ausschuss für
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für
Mecklenburg-Vorpommern
und Brandenburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F243
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47893
helmut.scholz@europarl.europa.eu



Gabi Zimmer

Mitglied im Ausschuss für
Entwicklung; Stellvertreterin im
Ausschuss für Beschäftigung
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin
für Thüringen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F357
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47101
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT